

# Schuldenabbau schafft Vertrauen

«Nichts ist unsozialer als jener Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die Leistung absinken lässt.» – Ludwig Erhard



Von Nationalrat Gerold Bührer  
Wirtschaftsberater, Thayngen

Mit Blick auf die bereits im laufenden Jahr mit einem Überschuss von über 1 Mrd. Franken abschliessende Finanzrechnung des Bundes und die schwarzen Zahlen in den folgenden zwei Jahren werden die Auseinandersetzungen um den finanzpolitischen Kurs erneut aufflammen. Es wird sich zeigen müssen, ob dem durch die Schuldenbremse auferlegten Grundsatz der Nachhaltigkeit entsprochen wird oder aber ob kurzfristiges Denken Oberhand gewinnt.

Nur allzurasch werden Überschüsse in konjunkturell guten Jahren einfach in die Zukunft extrapoliert und für neue Begehrlichkeiten missbraucht. Unablässig wird daher vor allem von linker Seite schon einmal auf Vorrat der Slogan vom «zu Tode sparen» herumgeboten. Es wird suggeriert, der Staat komme seit längerem zu kurz und dies habe schädliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Erstens einmal kann von «zu Tode sparen» in keiner Weise die Rede sein. Das Ausgabenwachstum der öffentlichen Haushalte ist seit 1990 beinahe

doppelt so stark gestiegen wie das Bruttoinlandprodukt. Die Folge davon ist eine rekordhohe Zunahme der Staatsquote. Auch die Fiskalquote ist bekanntlich allen Unkenrufen von Steuergeschenken zum Trotz in der gleichen Periode um gut 5 Prozentpunkte gestiegen.

Was den zweiten Vorwurf angeht, nämlich die schädlichen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, lässt sich ebenfalls keine Erhärtung zugunsten einer lockeren Finanzpolitik finden. Im Gegenteil, das Wachstum der Schweiz bewegt sich seit 2004 über dem Durchschnitt der Nachbarländer. Die jüngsten Wachstumsprognosen konnten sogar nach oben in Richtung 3% geschoben werden. Der guten Wettbewerbskraft der schweizerischen Wirtschaft haben somit die Sanierungsprogramme nicht geschadet.

Schliesslich haben sich auch die Anschuldigungen, wonach die restriktive Finanzpolitik die Arbeitslosigkeit in die Höhe treibe, in Luft aufgelöst. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz prozentual stärker als in den umliegenden Ländern auf rund 3% zurückgegangen.

Die etatistische Theorie einer expansiven Haushaltspolitik zur Wirtschaftsankurbelung ist dagegen in den meisten Ländern mit hohen Defizitquoten gescheitert. Ein Blick auf Europa macht deutlich: gerade dort, wo die öffentlichen Finanzen nicht im Griff sind und die Steuerschraube weiter nach oben gedreht wird, kommen Wachstum und Beschäftigung nicht vom Fleck.

## Haushaltsdisziplin im Interesse von Wachstum und Arbeitsplätzen

Je besser die Zahlen, desto grösser die Versuchung, bei der Ausgabendisziplin nachzulassen. Wer mit Blick auf die schwarzen Zahlen mit neuen Begehrlichkeiten antritt, betreibt jedoch eine gefährlich kurzsichtige Finanzpolitik. Die Schuldenbremse verlangt in Phasen starker Konjunktur zu Recht

Überschüsse. Bezüglich der massgeblichen Entwicklungstendenzen dürfen solche Überschüsse jetzt nicht durch neue Ausgaben aufgezehrt werden. Je nach Wirtschaftsverlauf ist gemäss dem Finanzplan ab 2009 nämlich wieder mit einer Eintrübung zu rechnen. Ein Schleifenlassen der Zügel würde spätestens beim nächsten Konjunktur-einbruch zu einer neuen Defizit- und Schuldenwirtschaft führen. Dies hätte angesichts des harten internationalen Standortwettbewerbs negative Auswirkungen auf unser Land zur Folge.

## Steuerabbau – Investition für die Zukunft

Die Entlastungsprogramme 2003/04 haben, nebst dem Segen der Konjunktur, wesentlich zur aktuellen Gesundung des Bundeshaushaltes beigetragen. Im Interesse der Stabilität muss aber über die Entlastungsprogramme hinaus ein Dach für die Ausgabenentwicklung verankert werden. Vor allem in wirtschaftlich guten Jahren muss es gelingen, die stark gestiegene Staats- und Fiskalquote zurückzudrängen.

Wachstum und Arbeitsplätze können in einem finanzpolitisch unsicheren Umfeld nicht gedeihen. Aktionismus und das Drehen an der Steuerspirale sind für jeden Standort Gift. Entgegen der etatistischen Dialektik sind zudem Steuererleichterungen keine Geschenke, sondern Investitionen zur Zukunftssicherung – Vorleistungen, die sich gerade in der Schweiz auszahlt haben. Wer jedenfalls Wachstum und Arbeitsplätze verspricht, darf diese erwiesenen Zusammenhänge nicht einfach der kurzfristigen Profilierung wegen ausblenden. ●

Steuererleichterungen sind keine Geschenke, sondern Investitionen in die Zukunft.